

Heft 7 20. Jahrgang Juli 1978 Beiträge zur Entwicklung einer freiheitlichen Ordnung

**ROLF SCHROERS** 

## **Um den Preis des Liberalismus**

KLAUS VON DER ROPP

## Die Politik Frankreichs im schwarzen Afrika

**DIETER-JULIUS CRONENBERG** 

Liberale Beschäftigungspolitik

HANSPETER KNIRSCH

Recht auf Arbeit – Recht auf Umwelt

## Die Politik Frankreichs im schwarzen Afrika

#### Der neue Stellenwert afrikanischer Probleme

Etwa seit Zusammenbruch des portugiesischen Imperiums in den Jahren 1974/75 zeichnet sich eine Entwicklung ab, die den Problemen Afrikas in der internationalen Politik eine stark gewachsene Bedeutung zukommen läßt. Hatte es zunächst noch den Anschein, als beschränke sich diese Entwicklung auf die nach wie vor ungelösten Probleme des südlichen Afrikas, so haben die jüngsten Geschehnisse am Horn von Afrika und in der Provinz Shaba (Ex-Katanga) der zentralafrikanischen Republik Zaire dazu geführt, daß heute auch den Problemen des schwarzen Afrikas eine viel höhere Bedeutung beigemessen wird. Deutlich sichtbar wurde dies Ende Mai 1978 in Washington bei der jüngsten Sitzung des Nordatlantikrates.

Dieser Tagung war ein Fernsehinterview Zbigniew Brzezinskis vorausgegangen, in welchem der Sicherheitsberater Präsident Carters gegenüber den sowietisch-kubanischen Aktivitäten in Afrika eine Position der Härte einnahm. Vielleicht deutete sich damit eine gewisse Wende in der bislang vor allem durch den UN-Botschafter Andrew Young gestalteten Afrika-Politik der Carter-Administration an. Für die Politik Andrew Youngs ist charakteristisch, daß sie darauf verzichtete, einen Kontext zwischen der sowjetischen Afrika-Politik einerseits und u. a. dem Fortgang der Salt-Verhandlungen und/oder den im Juni 1977 offiziell aufgenommenen sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung militärischer Aktivitäten im Indischen Ozean andererseits zu sehen. Andrew Young verzichtete also darauf, die sowjetische Afrika-Politik in die allgemeine Entspannungspolitik einzuordnen, d. h. den globalen Charakter der letzteren zu betonen. Es erscheint durchaus möglich, daß sich hier, nach entsprechenden Kontaktaufnahmen mit der französischen Regierung, die realistischere Beurteilung afrikanischer Probleme durch Zbigniew Brzezinski langsam durchzusetzen beginnt.

In diesem Zusammenhang erscheint der Hinweis wichtig, daß Frankreich die Entwicklungen im subsaharischen Afrika in den letzten knapp zwanzig Jahren intensiver und vor allem auch kontinuierlicher verfolgt hat als jede andere außerafrikanische Macht. Einschränkend ist dazu allerdings zu bemerken, daß dies nur für die Regionen des Kontinents gilt, die früher zum französischen oder belgischen Imperium gehörten, also nicht für das anglophone und südliche Afrika. Die französische Politik hat – das sei nebenbei bemerkt – nicht nur wie die der anderen westlichen Länder bislang bei der

Lösung der Probleme des südlichen Afrikas versagt, sondern sogar besonders zur Erhaltung des durch nichts zu verteidigenden status quo in dieser Region beigetragen. Das Interesse der USA an Afrika war zumindest bis zum Amtsantritt von J. Carter eigentlich immer nur sporadisch gewesen und hatte obendrein nur einzelnen Ländern gegolten. So fielen beispielsweise die einzigen Reisen des Außenministers Henry Kissinger in das subsaharische Afrika in die letzten Monate seiner Amtszeit. Der Niedergang Großbritanniens als Großmacht machte sich gerade in seiner Afrika-Politik stark bemerkbar. So sei etwa auf die Hilfosigkeit hingewiesen, mit der die Briten der Rebellion der rhodesischen Siedler im Jahre 1965 begegneten. Eine knappe Viertelmillion von Siedlern hat konservative wie auch Labour-Regierungen über ein Jahrzehnt gedemütigt und damit ganz erheblich zur Unterminierung der Position Londons im gesamten Afrika beigetragen. Die Grenzen des insbesondere in den sechziger Jahren so viel beachteten Engagements der VR China im schwarzen Afrika wurden während des Angola-Krieges 1975/76 sichtbar, als die Chinesen die Verdrängung der u. a. von ihnen unterstützten Befreiungsbewegung FNLA durch die von den Sowjets und den Kubanern gestützte MPLA tatenlos hinnehmen mußten. Die UdSSR schließlich verfolgt erstmals seit den frühen sechziger Jahren heute in Afrika wieder einen offensiven Kurs. Dabei kommt ihr nicht zuletzt die Unfähigkeit der westlichen Länder zustatten, die Probleme des südlichen Afrikas zu lösen.

Bei der jüngsten Sitzung des Nordatlantikrates (Ende Mai 1978) bemühten sich die Franzosen allem Anschein nach um die massive Unterstützung ihrer Verbündeten, insbesondere der USA, für ihre Afrika-Politik. Hier spielt eine wichtige Rolle, daß Paris klarer als die anderen Staaten des Westens erkannt hat, daß die schwarzafrikanischen Länder vor allem angesichts ihrer Zerstrittenheit bislang kaum jemals in der Lage waren, ihre innerstaatlichen wie auch zwischenstaatlichen Konflikte ohne Hilfe von außen zu lösen. Alle Resolutionen insbesondere der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), in denen das Gegenteil bekundet (und Frankreich neokolonialistischer Machenschaften bezichtigt wird), sind kaum mehr als Schönfärberei 1). So einleuchtend die insbesondere von Andrew Young vertretene These »Afrikanische Lösungen für afrikanische Probleme« zunächst natürlich auch ist, so ist eine auf ihr aufbauende Politik angesichts der realen Machtverhältnisse in Afrika eben doch nur Ausdruck bloßen Wunschdenkens. So war Frankreich Ende Mai 1978 mit eigenen Streitkräften in drei afrikanische Konflikte verwickelt. nämlich in die Kriege in Shaba/Zaire, im Tschad sowie, auf Seiten Maureta-

<sup>1)</sup> Dazu Klaus Frhr. von der Ropp »Die OAU am Vorabend der zweiten Dekade ihres Bestehens« in Internationales Afrika-Forum (IAF/München) vol. 9 Nr. 4 (1973.4), S. 204–214; ders. »Die OAU im internationalen System der mittsiebziger Jahre« in IAF vol. 11 Nr. 9/10 (1975.9), S. 510–518.

Zu dem heute besonders interessierenden Problemkreis der militärischen Kapazitäten der afrikanischen Länder s. jüngst »The Military Equation / Black Africa lags behind« in Africa (London) No. 82 (1978.6), S. 14–26.

niens, in die Auseinandersetzungen mit den von Algerien unterstützten Einheiten der sahraouischen Befreiungsbewegung Polisario. Angesichts der begrenzten Zahlen der zur Verfügung stehenden französischen Eingreiftruppen, des Mangels an Transportflugzeugen sowie der innerfranzösischen Kritik an einer Politik, die Frankreich in die Rolle eines afrikanischen Gendarmen hineinwachsen ließ, mußte sich Giscard d'Estaing hier um Entlastung bemühen 2). Nach dem wenigen, was über diese Beratungen später verlautbarte, plädierten die Vertreter Frankreichs vor den übrigen Mitgliedern des Nordatlantikrates für die Aufstellung einer Afrikanischen Friedensstreitmacht, einer Eingreiftruppe. Deren Angehörige sollen ausschließlich - und in möglichst vielen Staaten des Kontinents - in Afrika rekrutiert werden; gedacht wird wohl vor allem an frankophone Staaten des schwarzen Afrikas sowie einzelne Länder des Maghreb. Frankreich und weitere NATO-Staaten, insbesondere die USA, sollen bei der Ausbildung und Bewaffnung dieser Streitmacht sowie vor allem im logistischen Bereich Unterstützung gewähren. Es hat den Anschein, als sei dieser Vorschlag - im Rahmen des nie in Einzelheiten bekanntgewordenen französischen Projekts eines »euro-afrikanischen Solidaritätspaktes« bereits seit längerem von den Franzosen insbesondere mit Vertretern der Regierungen des Senegals und der Elfenbeinküste erörtert worden. Auch stand er im Zentrum der Beratungen der jüngsten franko-afrikanischen Gipfelkonferenz, die kurz vor der Sitzung des Nordatlantikrates Mitte Mai 1978 in Paris stattgefunden hatte.

So sehr vieles zunächst für diese französische Initiative sprechen mag, so ist eben doch keinesfalls von der Hand zu weisen, daß bei ihrer Realisierung die Staaten des Warschauer Paktes analoge Maßnahmen einleiten würden. Und damit würde genau das erreicht, was es unbedingt zu vermeiden gilt, nämlich die Einbeziehung des schwarzen Afrikas in das Ost-West-Block-Denken. Von daher konnten sich die Franzosen – nach dem wenigen, was über diese Debatten bekannt wurde – mit ihren Vorstellungen wohl weder innerhalb des Nordatlantikrates noch bei der anschließenden Pariser Afrika-Konferenz der NATO-Länder Frankreich, USA, Großbritannien, Belgien und Bundesrepublik Deutschland durchsetzen. Mit guten Gründen berücksichtigen die Partner Frankreichs, anders als die Regierung in Paris, daß u. a. in der Dritten Welt so einflußreiche Staaten wie Tanzania und Algerien alle Initiativen dieser Art mit größtem Mißtrauen verfolgen. Und dies, obwohl die Regierung J. K. Nyereres ihren Fortbestand über die Meuterei von Anfang 1964 hinaus, nur dem seinerzeitigen Eingreifen britischer Truppen verdankt. Andererseits

<sup>2)</sup> S. dazu die kritischen Äußerungen selbst des früheren französischen Premierministers Pierre Messmer »Crises africaines et interventions françaises« in Le Monde (Paris) vom 26. Mai 1978, S. 1,2. Auf die Grenzen der Eingreifkapazitäten Frankreichs verweist der Chef des französischen Generalstabs, Méry, in seinem Beitrag »L'avenir de nos armées« in Défense Nationale (Paris) vol. 34 (1978.6), S. 17–42 (23–24). Andererseits warnte einer der führenden Gaullisten, Jacques R. Chirac, kürzlich mehrfach vor einer »otanisation« (NATOisierung) der französischen Afrika-Politik.

zwingt die große Zahl latenter innerafrikanischer Konflikte – angesichts der zumindest derzeitigen Ohnmacht der OAU - hier neue Wege zu gehen. So sei hier nur beispielhaft darauf hingewiesen, daß sich der arabisch-schwarzafrikanische, allerdings von Libven geschürte Konflikt im Tschad in vielen der anderen Sudan-Staaten wiederholen kann. Von daher wurde sicher mit der Aufstellung einer jetzt in Shaba/Zaire stationierten innerafrikanischen Streitmacht, der marokkanische Soldaten und kleinere Kontingente aus Senegal, Togo, Elfenbeinküste, Gabun und vielleicht auch dem Zentralafrikanischen Kaiserreich angehören, ein Schritt in die richtige Richtung getan. Angesichts der schwarzafrikanischen militärischen Schwäche und der Begrenzung der französischen Ressourcen bedurfte diese Truppe der ihr dann auch gewährten logistischen Unterstützung durch die USA. Aufgabe westlicher Afrika-Politik wird sein, diese Streitmacht zu einem so wirksamen Instrument zu machen, daß sie solcher und anderer außerafrikanischer Unterstützung immer weniger bedarf. Vielleicht wird eine solche Politik dazu beitragen, zu verhindern, daß neue und alte Imperialismen das schwarze Afrika abermals unter ihre Kontrolle bringen.

#### Die franko-afrikanische Gipfelkonferenz von 1978

Bekanntlich ist die Vision des früheren französischen Staatspräsidenten Charles de Gaulle von der Schaffung einer institutionalisierten Französischen Gemeinschaft nie in die Tat umgesetzt worden. Gleichwohl verbindet – dies ist wesentlich das Werk des seinerzeitigen Generalsekretärs im Amt des Staatspräsidenten, Jacques Foccart – bis auf den heutigen Tag ein wahres Netzwerk wirtschaftlicher, monetärer, politischer, kultureller und auch militärischer Abkommen Frankreich mit fast allen seinen in den frühen sechziger Jahren in die staatliche Unabhängigkeit entlassenen afrikanischen Kolonien 3). Ausnahmen bilden hier eigentlich nur Guinea und die Komoren.

Da weiter unten auf Einzelheiten dieses Beziehungsnetzes eingegangen werden wird, sei hier nur auf die außerordentliche Flexibilität hingewiesen, mit der Frankreich auf die häufig stark divergierenden Vorstellungen seiner afrikanischen Partner zu antworten verstand. Hier liegt gewiß einer der wesentlichen Gründe dafür, daß das Gros der mit der Entlassung in die Unabhängigkeit abgeschlossenen Verträge, wenn auch oft mit später modifiziertem Inhalt, bis auf den heutigen Tag Bestand hat. So pflegen etwa Senegal, Gabun, die Elfenbeinküste und der nordostafrikanische Zwergstaat Djibouti nach wie vor engste, wohl weitgehend unproblematische Beziehungen zu Frankreich. Andere Länder, wie etwa Mauretanien, Kamerun, Togo, das heutige Mali und vor allem die VR Kongo wurden von Paris nicht daran gehindert, auf

<sup>3)</sup> Zum afrikanischen Imperium Frankreichs gehörten außer den Maghreb-Staaten, die einen besonderen Weg gingen, die folgenden Länder: Mauretanien, Senegal, Mali, Guinea, Elfenbeinküste, Obervolta, Niger, Dahomey, Togo, Tschad, Zentralafrikanisches Kaiserreich, Kamerun, Gabun, VR Kongo, Madagaskar, Komoren und Djibouti.

Kosten ihrer Beziehungen zu der alten Metropole, ihre Kontakte zu dritten Staaten, darunter insbesondere zur UdSSR und der VR China, stark auszubauen. Wo die Verantwortlichen, wie in Benin, im früheren Mali und letztlich wohl auch auf Madagaskar, darüber hinaus einem Kurs der Emanzipation ins Chaos den Vorzug gaben, hat sich Frankreich selbst mit einer solchen Neuorientierung seiner Partnerstaaten letztlich abgefunden. Hier flexibel zu sein, sollte Frankreich heute angesichts der jetzigen Neuorientierung der Politik Guineas leichter fallen. Bekanntlich hatte dieses Land schon 1958 alle Beziehungen zu Frankreich abrupt abgebrochen und in der Folgezeit allen. oft massiven französischen Pressionen zum Trotz seinen emanzipatorischen Kurs beibehalten. Nach dem Scheitern seiner »progressiven«, in einigen Bereichen recht eng an die UdSSR angelehnten Ausrichtung ist Conakry heute darum bemüht, insbesondere in Zusammenarbeit mit Frankreich, seine einst recht hochentwickelte, heute aber daniederliegende Wirtschaft wieder aufzubauen. Die Sperrung der auf der Insel Tamara gelegenen Luftwaffenbasis für die Sowjets, die von hier aus über fünf Jahre Erkundungsflüge in den Südatlantik unternommen hatten, sowie die Abweisung des sowjetischen Wunsches, dort einen Marinestützpunkt anzulegen, sind deutliche Anzeichen für eine Verbesserung des guineisch-französischen Verhältnisses. Die hier nur angedeutete Bereitschaft Frankreichs, auch seinen Interessen entgegenstehende politische Orientierungen seiner Partner letztlich hinzunehmen, sollte jedenfalls gegenüber der vor allem im anglophonen Afrika vorgebrachten, oft scharfen Kritik an der »neo-kolonialistischen« Afrika-Politik Frankreichs nachdenklich stimmen. Dabei wird hier nicht übersehen, daß insbesondere die französische Wirtschaft aus den mit den afrikanischen Ländern geschlossenen Kooperationsabkommen sehr erhebliche Vorteile zieht. Es hat allerdings nicht den Anschein, als achteten die mit Frankreich rivalisierenden außerafrikanischen Mächte weniger auf ihren eigenen Vorteil. Ferner ist durchaus anzuerkennen, daß wohl mehr als eine der Regierungen des frankophonen Afrikas ihre Existenz auch ihren Bindungen an Frankreich verdankt. Dabei sollte iedoch zweierlei nicht übersehen werden: Das zutiefst korrupte und von daher morsche, jetzt durch den Einsatz französischer Fallschirmjäger (vorläufig) gerettete Regime in Kinshasa/Zaire dürfte selbst auf dem afrikanischen Kontinent vergeblich seinesgleichen suchen. Ferner erscheint die These, daß die nach einem Umsturz an die Stelle der heutigen Regierungseliten tretenden »progressiven« Führungsgruppen über einen größeren Rückhalt in der jeweiligen Bevölkerung verfügen würden, äußerst zweifelhaft, iedenfalls aber unbeweisbar.

Vor diesem Hintergrund fand, wie bereits angedeutet, in der zweiten Maihälfte 1978 in Paris das 5. afrikanisch-französische Gipfeltreffen statt. 13 der teilnehmenden Staaten sind ehemals französische Kolonien, zwei Länder gehörten früher zum portugiesischen Imperium (Guinea-Bissau und Sao Tomé et Principe), zwei Staaten waren früher Mitglieder des britischen Kolonialreichs (Seychellen und Mauritius), Zaire, Rwanda und Burundi waren früher

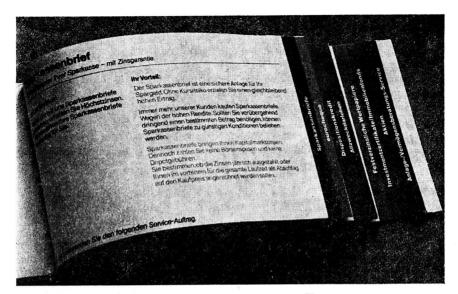
belgische Besitzungen. Noch ausgeprägter als die vorangehende französischafrikanische Konferenz (April 1977 in Dakar) stand die jüngste Konferenz im Zeichen der u. a. aus den sowjetisch-kubanischen Aktivitäten resultierenden sicherheitspolitischen Probleme nicht weniger schwarzafrikanischer Staaten 4). Die Mehrzahl der an dieser Konferenz teilnehmenden Staaten war durch die Hilflosigkeit insbesondere der USA angesichts des sowietisch-kubanischen Engagements in Angola, Mozambique, den Ländern des Horns von Afrika sowie vielleicht auch in Shaba/Zaire verunsichert worden. Allem Anschein nach betonten die französischen Delegierten, daß die afrikanischen Länder in erster Linie selbst für ihre militärische Sicherheit zu sorgen hätten. Jedoch wurden auch bei dieser Gelegenheit von Paris die Pläne zur Aufstellung einer multinationalen afrikanischen Eingreiftruppe sowie Möglichkeiten der Gründung einer möglichst viele Staaten des Kontinents umfassenden Afrikanischen Verteidigungsgemeinschaft erörtert. Auch bei dieser Gelegenheit wurde, wie bereits erwähnt, darüber diskutiert, ob eine solche Streitmacht auf dem Ausbildungs- und Bewaffnungssektor sowie im logistischen Bereich durch Frankreich und möglicherweise auch andere NATO-Staaten unterstützt werden könne. Es sollte sich jedoch von selbst verstehen, daß die eben doch recht unterschiedliche politische Orientierung auch der an dieser Konferenz teilnehmenden afrikanische Länder von vornherein ausschloß, daß sie in einem so kritischen Punkt Einvernehmen würden erzielen können.

#### Grundzüge der Franko-Afrikanischen Gemeinschaft

Jede Analyse der franko-afrikanischen Beziehungen <sup>5</sup>) wird von den folgenden Prämissen auszugehen haben: Vom Entwicklungspotential her sind die meisten frankophonen Staaten Afrikas gegenüber den anglophonen Ländern des Kontinents stark benachteiligt. Hier sei nur daran erinnert, daß u. a. alle Sahel-Staaten zum französischen Imperium gehörten. So betrug das Brutto-sozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung in 11 der hier interessierenden Staaten 1970 nur zwischen 200 und sehr viel weniger US-Dollar. Staaten wie Tschad, Mali, Niger, Obervolta, Madagaskar, das Zentralafrikanische Kaiserreich und Benin waren kaum jemals in der Lage, selbst ihren Haushalt zu finanzieren und erhielten von daher sogar französische Budgethilfe. 1970 erwirtschafteten – und auch daran dürfte sich in der Zwischenzeit kaum etwas geändert haben – nur die an Bodenschätzen, im zweiten Fall auch an Regenwäldern reichen, jedoch sehr bevölkerungsarmen Republiken Mauretanien

<sup>4)</sup> Zum Verlauf dieser Konferenz s. Sennen Andriamirado »Le sommet de la peur« in jeune Afrique (Paris) No. 908 (31. Mai 1978), S. 20–22. In diesem Sinn früher schon der Staatspräsident Senegals, Léopold S. Senghor, »Après l'Asie, c'est au tour de l'Afrique de devenir le continent sanglant: celui de la déstabilisation«, nach jeune Afrique (Paris) No. 582 (6. Mai 1977), S. 21–22.

<sup>5)</sup> Den wohl besten Überblick dazu bietet Nikolaus Scherk »Dekolonisation und Souveränität«, Wien/Stuttgart, 1968, 184 S. S. weiter Klaus Frhr. von der Ropp »Die franko-afrikanischen Beziehungen« in Außenpolitik vol. 25 Nr. 4 (1974, 4. Quartal), S. 461–476.



# Immer mehr wollen immer besser beraten werden

Für den richtigen Umgang mit Geld gibt es kein Patentrezept. Deshalb möchten immer mehr Kunden individuell beraten und betreut werden. Dazu kommt es auf die Qualität der Geldberater an. Die Sparkassenorganisation bietet deshalb neben der Ausbildung zum Bankkaufmann, die zur Zeit 90.000 Mitarbeiter abgeschlossen haben, ein eigenes Lehr- und Studiensystem für Weiterbildung und Fachtraining.

● Die 11 Sparkassenschulen führen berufserfahrene Mitarbeiter,losgelöst von ihrer Tagesarbeit, in mehrmonatigen Lehrgängen bis zum Abschluß der Sparkassenfachprüfung. Sie ist der wichtigste Baustein für Aufstieg und mehr Verantwortung im Beruf.

- Die besten Absolventen der Fachlehrgänge studieren am Lehrinstitut der Sparkassenakademie in Bonn. Sie werden gründlich auf Führungsaufgaben vorbereitet.
- Außerdem bieten Sparkassenakademie und Sparkassenschulen in jedem Jahr über 500 Lehrgänge, Seminare und Fachtagungen sowie audiovisuelles Training für alle Aufgabenbereiche.

Für uns ist der Umgang mit Menschen ebenso wichtig wie die richtige Anwendung von Computern.Training und Technik auf der Höhe der Zeit sorgen dafür, daß unser Kunde fachkundig betreut wird.

### Die Sparkassen-Organisation **≐**

620 Sparkassen, 12 Landesbanken, 13 Öffentliche Bausparkassen

und Gabun sowie die relativ sehr hoch entwickelte Elfenbeinküste einen Außenhandelsüberschuß.

Frankreich hat sich auch von daher in seinem sehr intensiven entwicklungspolitischen Engagement deutlich auf seine ehemaligen Besitzungen in Afrika konzentriert. Anders als etwa die BR Deutschland hat Frankreich so u. a. die anglophonen afrikanischen Staaten stark vernachlässigt; häufig beschränkt sich seine Zusammenarbeit mit diesen Ländern auf den kulturpolitischen Sektor. Zu erwähnen bleibt schließlich, daß es seinerzeit ganz wesentlich die französische Regierung war, die darauf bestand, daß die EWG in den 60er Jahren die Assoziierungsverträge Yaoundé I und II abschloß und damit den frankophonen Staaten Afrikas erhebliche zusätzliche Hilfsgelder zuflossen. Und es ist gewiß kein Zufall, daß mit dem ebenso energischen wie engagierten EG-Kommissar Claude Cheysson ein Franzose heute die Hauptverantwortung für die Ausführung (und ab Herbst 1978 Neuaushandlung) der Konvention von Lomé, den Folgevertrag von Yaoundé I und II, trägt.

Eine der tragenden Säulen der franko-afrikanischen Kooperation war und ist bis auf den heutigen Tag die Zusammenarbeit im monetären Bereich. Bei ihrer Entlassung in die staatliche Unabhängigkeit entschieden sich, mit Ausnahme Guineas, alle hier interessierenden Nachfolgestaaten des französischen Kolonialreichs für ihr Verbleiben in der Franc-Zone. Anfang der 70er Jahre folgten Madagaskar und, mit algerischer Unterstützung, Mauretanien dem Beispiel Guineas. Die Franc-Zone war bereits 1945 nach den folgenden Grundsätzen reorganisiert worden:

- a) fester Wechselkurs zwischen dem französischen Franc (FF) und dem Franc CFA <sup>6</sup>) der afrikanischen Länder;
- b) unbegrenzte Konvertibilität;
- c) Freiheit des Kapitaltransfers innerhalb der Zone;
- d) Pool der Devisen;
- e) gemeinsame Devisenvorschriften.

Anders als die ehemals englischen Kolonien lösten sich, mit den angeführten Ausnahmen, die frankophonen Staaten im Zeitpunkt der Erlangung der Unabhängigkeit nicht aus dem monetären Verbund mit dem Mutterland. Entsprechend bilden die Elfenbeinküste, Obervolta, Senegal, Niger, Benin, Togo (und bis 1973 Mauretanien) die Westafrikanische Währungsgemeinschaft und verfügen von daher über eine gemeinsame Zentralbank. Die Staaten Gabun, Kamerun, Zentralafrikanisches Kaiserreich, VR Kongo und Tschad bilden, gleichfalls mit einer gemeinsamen Zentralbank ausgestattet, die Äquatorialafrikanische Währungsgemeinschaft. Beide Staatengruppen unterzeichneten 1960 Verträge, in denen die Einzelheiten ihrer monetären Zusammenarbeit

<sup>6)</sup> Seit der Neuordnung der französisch-afrikanischen Währungskooperation Anfang der sechziger Jahre steht das Kürzel F CFA nicht mehr für Franc Colonies françaises d'Afrique, sondern Franc Communauté Financière Africaine.

mit Frankreich festgelegt sind; auf Initiative der beteiligten afrikanischen Länder wurden diese Abkommen 1973 neu ausgehandelt, d. h. in wesentlichen Punkten dadurch zugunsten der Partner Frankreichs modifiziert, daß Frankreich zugunsten der letzteren insbesondere auf einen Teil der ihm hier eingeräumten Mitbestimmungsrechte verzichtete. Die monetäre Zusammenarbeit Frankreichs, das sei hier nur nebenbei bemerkt, mit Mali und Madagaskar war stets auf bilateraler Ebene geregelt.

Außer der Allgegenwart französischer conseillers techniques ist kaum ein anderer Aspekt der franko-afrikanischen Kooperation bislang so heftig kritisiert worden wie der der monetären Zusammenarbeit. Häufig wird gerade in ihr ein Relikt der Kolonialzeit gesehen 7). Im Zentrum dieser Kritik stehen vor allem die folgenden Punkte: die Freiheit des Kapitaltransfers inklusive der in Afrika erwirtschafteten Gewinne französischer Unternehmen nach Frankreich, Die Tatsache, daß die zuständigen französischen Stellen auch einschneidende währungspolitische Entscheidungen, etwa Auf- und Abwertungen, ohne vorherige Information oder gar Konsultation ihrer afrikanischen Partner treffen; und dies obwohl, aufgrund des festen Wechselkurses von FF und FCFA, diese Entscheidungen den FCFA genauso treffen wie den FF. Schließlich orientieren sich die französischen Behörden in der Gestaltung ihrer Währungspolitik naturgemäß vorrangig an den Bedürfnissen der hochentwickelten französischen Volkswirtschaft und nicht an den möglicherweise entgegenstehenden Interessen der Volkswirtschaften der afrikanischen Entwicklungsländer. Endlich stoßen die so restriktive Politik der westafrikanischen und der zentralafrikanischen Zentralbanken bei der Vergabe langfristiger Kredite, die Verpflichtung der afrikanischen Länder, einen großen Teil ihrer Devisen in einen Devisenpool einzubringen sowie die ausgeprägten Mitbestimmungsbefugnisse der französischen Behörden innerhalb der Verwaltungsräte beider afrikanischer Zentralbanken immer noch auf heftige Kritik. Der oft verschwiegene, nur zum Teil mit ökonomischer Schwäche zu erklärende geringe Wert, gelegentlich gar die Wertlosigkeit vieler anderer afrikanischer Währungen, darunter Guineas, Ghanas, Ugandas, Tanzanias, früher Malis und heute auch Madagaskars und die daraus resultierenden zusätzlichen Entwicklungsprobleme mahnen jedoch zur Vorsicht, sich nicht vorschnell der oft scharfen Kritik an der Rolle Frankreichs anzuschließen. Denn Afrika ist unterentwickelt, es ist schwach und auf sich alleine gestellt nicht in der Lage, seine wirtschaftlichen Probleme zu meistern.

Besondere Aufmerksamkeit muß ferner der Rolle der französischen Handelshäuser und der Geschäftsbanken gelten. Hervorragende Bedeutung für sehr viele Aspekte des Wirtschaftslebens nahezu aller frankophonen Staaten

<sup>7)</sup> S. dazu insbesondere zwei Beiträge des Leiters des UN Institut Africain de Développement Economique et de Planification in Dakar/Senegal, Samir Amin: Concerning the "Franc Zone" and Development, Az IDEP/ET/CS/2366-12 sowie das nicht veröffentlichte Papier »A note on the adaptation of the Franc Zone system for the African countries«.

Afrikas haben die vier großen dort aktiven Handelshäuser, die Compagnie française de l'Afrique occidentale (CFAO), die Société commerciale de l'Ouest africain (SCOA), die Niger France und die aus ihr hervorgegangene Compagnie du Niger français sowie schließlich Optorg, bekannter unter den Namen zweier Gesellschaften, die Anfang der sechziger Jahre mit ihr fusionierten, nämlich Peyrissac und Société du Haut Ogooué (SHO). Nahezu unüberschaubar sind heute ihre so vielfältigen Aktivitäten, längst sind sie über den Bereich des Außenhandels hinausgewachsen. Sie unterhalten heute große Kaufhäuser, sind an der Herstellung von Konsumgütern aller Art und deren Vertrieb beteiligt, spielen eine sehr wichtige Rolle bei der Herstellung und beim Vertrieb von Fahrzeugen aller Art, ferner im Holzhandel, Transportund Versicherungswesen, bei der industriellen Bewirtschaftung von Plantagen usw. Allerdings wurden ihnen und anderen ausländischen Gesellschaften nach 1960 die Monopole für den Export landwirtschaftlicher Rohstoffe entzogen. Neben diesen Unternehmen sind im frankophonen Afrika häufig kleinere, gleichfalls Franzosen oder Syro-Libanesen gehörende Betriebe, bis hinunter zum kleinen Handwerksbetrieb, tätig.

Vervollständigt wird dieses Bild, ohne daß hier auf Einzelheiten eingegangen werden könnte, durch die fortwährende Präsenz der allerdings in den sechziger Jahren reorganisierten, staatlichen französischen Geschäftsbanken. So muß hier der Hinweis genügen, daß sich diese Banken sehr unterschiedlicher Methoden bedienten, um ihre Aktivitäten in Afrika fortsetzen zu können; in sehr vielen Fällen suchten sie, übrigens mit Erfolg, dem Risiko einer Verstaatlichung in den Gastländern dadurch zu begegnen, daß sie Anteile ihres Kapitals an westeuropäische, nordamerikanische und durchaus auch afrikanische Interessenten veräußerten.

Im großen und ganzen gilt nach wie vor, daß - sieht man einmal von jenen Afrikanern ab, die, sei es aus freien Stücken, sei es erzwungenermaßen, von ausländischen Unternehmen im Rahmen der Afrikanisierung ihres Stabes eingestellt wurden - sich die Rolle der Einheimischen häufig auf die (sehr bedeutsame) Position als Markthändler sowie (gesamtwirtschaftlich ganz uninteressant) auf die von Kleinsthändlern beschränkt. Daß sich gegen die Dominanz durch fremde Unternehmen nicht nur in radikalen Kreisen viel Widerstand regt, daß insbesondere der Transfer von in Afrika erwirtschafteten Gewinnen nach Frankreich scharf kritisiert wird, sollte nicht Wunder nehmen. Die gescheiterte Politik des Wüstenstaates Mali und auch einer Anzahl anglophoner Staaten Afrikas, die hier auf radikale Änderungen abzielte, sollte aber deutlich machen, daß Emanzipation hier sehr schnell zum Chaos führen kann. Beiläufig sei erwähnt, daß etwa die vor allem mit Hilfe kommunistischer Staaten Europas und Asiens in Mali gegründeten Staatsbetriebe in der Regel weder dem wirtschaftlichen Potential noch den Bedürfnissen des Landes angepaßt waren; hinzu kam allzu häufig eine schlechte Geschäftsführung. Dennoch bemühen sich Mauretanien und Madagaskar seit Anfang der siebziger Jahre um einen eigenständigen Wirtschaftskurs; dies machte sich u. a. darin bemerkbar, daß in beiden Ländern eine große Zahl französischer Unternehmen verstaatlicht wurde. Frankreich hat diese Neuorientierung beider Länder in der vielleicht berechtigten Annahme hingenommen, daß der aus ihr resultierende Niedergang der Volkswirtschaften beider Länder eines Tages abermals eine Kehrtwendung erzwingen wird. Die Interessen französischer Unternehmen würden aber wohl auch erst dann sehr empfindlich getroffen, wenn die Elfenbeinküste, Kamerun oder Gabun, letzteres immer noch die »chasse gardée par excellence« französischer Firmen, dem Beispiel Madagaskars/Mauretaniens folgen sollten. Mag es dafür heute wohl noch kaum sichtbare Anzeichen geben, so steht doch eines fest: das Ausbleiben einer solchen Entwicklung wäre überraschender als ihr Eintreten.

Außer Mali und Guinea waren zunächst alle Nachfolgestaaten des französischen Imperiums Frankreich durch Verträge auf sicherheitspolitischem Gebiet verbunden. Hier ist zwischen vier Bereichen zu unterscheiden: der Stationierung französischer Truppen in den ehemaligen Kolonien, der technischen Militärhilfe, der Mitwirkung französischer Truppen bei der Aufrechterhaltung der inneren Ordnung der Gastländer sowie der Förderung und dem Absatz strategisch wichtiger Rohstoffe. Auch hier ist, ohne daß Einzelheiten geschildert werden können, auf die große Flexibilität hinzuweisen, mit der Frankreich im Lauf der letzten knapp zwanzig Jahre auf die so unterschiedlichen Vorstellungen seiner Partnerländer reagierte 8): so beugte sich Frankreich dem Verlangen der Regierungen des Tschad und Madagaskars, seine dort gelegenen, strategisch sehr bedeutsamen Stützpunkte aufzugeben; auch räumte es die weniger bedeutsamen Basen in Niger und der VR Kongo. Heute sind nur noch etwa 4000 französische Soldaten in der von ihren Nachbarn in ihrer Existenz bedrohten Republik Diibouti, ferner je etwa 500 Soldaten in Libreville/Gabun und Port Bouet/Elfenbeinküste sowie etwa 1300 Militärs in Ouakam/Senegal ständig stationiert. In einer ganzen Reihe afrikanischer Staaten sind nach wie vor französische Militärinstrukteure tätig, die Ausrüstung der afrikanischen Streitkräfte ist in vielen Fällen französischer Provenienz. Dieses Bild wird schließlich durch die Existenz sogenannter compagnies tournantes Frankreichs abgerundet, die nur über einen Teil des Jahres in afrikanischen Ländern stationiert sind. Die derzeit in Mauretanien, Shaba/ Zaire sowie, sehr intensiv, im Tschad in militärische Auseinandersetzungen verwickelten französischen Truppen werden wohl nach Beendigung dieser Konflikte abgezogen werden.

Von ganz hervorragender Bedeutung ist schließlich die franko-afrikanische Kooperation im Bereich der Kulturpolitik, hier insbesondere der Schulpolitik. Sie ist nach wie vor Ausdruck des Glaubens Frankreichs an das Bestehen seiner kulturellen Mission in Afrika. Von Kritikern ist, mit guten Gründen, immer wieder darauf hingewiesen worden, daß Lehrmethoden und Lehr-

<sup>8)</sup> S. dazu Méry, a.a.O. S. 19-25; Annick Benoist »L'armée française en Afrique« in jeune Afrique (Paris) No. 907 (24. Mai 1978), S. 21 sowie die unter 5) genannten Arbeiten.

mittel in vielen Fällen weitgehend die überlieferten geblieben sind, d. h. daß sie sich nach wie vor zu einem guten Teil an den Bedürfnissen eines hochindustrialisierten Landes und nicht jenen unterentwickelter afrikanischer Staaten orientieren. Von daher drängt sich die Frage auf, ob hier den Auszubildenden nicht viel unnützes Buchstabenwissen vermittelt wird. So wird verständlich, weshalb der Widerstand gegen eine kulturelle Bevormundung durch Frankreich in den letzten Jahren in Afrika erheblich zugenommen hat. Der afrikanische Nationalismus redet in den siebziger Jahren stärker denn je zuvor dem Aufgeben des kulturellen Erbes der Kolonialzeit, der Rückbesinnung auf die eigenen kulturellen Werte, die »authenticité noire«, das Wort. Es ist allerdings zu bedenken, daß die Entkolonisierung im kulturellen Bereich heute zwar besonders dringlich, jedoch zugleich besonders heikel erscheint. Denn es ist zumindest fraglich, ob es möglich sein wird, von außen übernommenes zugunsten eigenen Bildungsgutes aufzugeben und zugleich die wirtschaftliche und übrige Rückständigkeit zu überwinden. Weiter ist die Frage zu stellen, ob es jene »authenticité noire«, die heute in etlichen afrikanischen Staaten immer und immer wieder beschworen wird, die oft genug von europäischen (!) Lehrern an afrikanischen Schulen gelehrt wird, in dem propagierten Sinn überhaupt gibt. Die Frage stellen, heißt wohl immer, sie zu verneinen. Es steht aber wohl zu erwarten, daß Frankreich sich auch hier als durchaus fähig erweisen wird, die Vorstellungen seiner Partner zu berücksichtigen, ohne seine eigenen Interessen zu gefährden.

So erfolgreich die Politik Frankreichs in dem französischsprachigen Teil des Kontinents letztlich auch ist, so problematisch sind seine Beziehungen zu den anglophonen Staaten Afrikas. Hier sei nur daran erinnert, daß – Ausdruck der Kritik an der »neo-kolonialen« Politik Frankreichs – der französische Außenminister Louis de Guiringaud seinen Besuch in Tanzania im Sommer 1977 vorzeitig abbrach, nachdem er quasi des Landes verwiesen worden war. Frankreich nimmt diese Schwierigkeiten in Kauf, um seine Interessen im frankophonen Afrika wahren zu können. Es bleibt abzuwarten, ob Paris eines Tages das erste westliche Land sein wird, das sich abrupt von der überall in Afrika verfemten weißafrikanischen Regierung in Pretoria/Südafrika abwendet, um so seine Interessen in seinem ehemaligen Kolonialreich sichern zu können.